

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 618

Mittwoch, 26. Oktober 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Nim Ajpu: Indigene AnwältInnen verändern das Gesicht Guatemalas.....	1
Wissenschaft, Kultur und Kunst zur Abschwächung der Klimawandelfolgen	3
Über die guatemalteckische Bevölkerung mit afrikanischen Vorfahren.....	3
JournalistInnenverband verurteilt den Mord an jungen Radiomoderator.....	4
Entwicklungsbericht Guatemala 2015/16 der UNDP.....	4
TSE veröffentlicht Wahlreformen	5
Biopsie: Raub, Vertreibung und Zerstörung.....	6
Guatemalteckische Aktivistinnen in Zürich.....	7

Nim Ajpu: Indigene AnwältInnen verändern das Gesicht Guatemalas

*In dieser Ausgabe wollen wir neben negativen Berichten (etwa die Einschränkung der freien Presse) vermehrt über positive Geschichten berichten: etwa die Titelgeschichte über das indigene AnwältInnen-Kollektiv Nim Ajpu oder eine Feier der Organisation der aus Afrika stammenden Menschen in Guatemala oder ein Theaterstück gegen den Klimawandel in Quetzaltenango. Den Anfang macht also die Titelstory über Nim Ajpu, die **Manuela Picq** für das Internet-Magazin „Intercontinental Cry“ geschrieben hat.*

Der Name Nim Ajpu ist allen Quiché bekannt. Als ein Nahual oder 'Geist', der nach der Maya-Kosmvision die Menschen begleitet und beschützt, war Nim Ajpu der Zwillingbruder von Ixb'alamkej. Diese besiegten gemeinsam die Totengötter und bestanden zahlreiche Abenteuer, die für immer das Leben veränderten. Die Geschichte dieser Zwillingshelden nimmt einen breiten Platz im Popol Vuh ein, jenem berühmten Text, der die Kosmologie, Ursprünge und spirituellen Geschichten der Maya Quiché erklärt. Nim Ajpu ist auch der Name der Vereinigung der Maya AnwältInnen und NotarInnen. Sie unterstützt durch strategisch eingesetzte Rechtsstreite die individuellen und kollektiven Rechte der indigenen Völker. Da die Mayavölker über 60 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, jedoch systematisch von staatlichen Stellen diskriminiert werden, schafft es Nim Ajpu nicht, all diese Völker vor Gericht zu verteidigen. Stattdessen wählt es strategisch repräsentative Fälle aus, die zu einer grundsätzlich geltenden Rechtsprechung führen können. Das Ziel der Vereinigung ist es, die indigenen Rechte im rechtlichen wie politischen System zu stärken, ggf. auch Fälle vor das Interamerikanische Menschenrechtssystem zu bringen, wenn einheimische Rechtsprechung rassistische Muster aufweist.

Rechtsberatung mit Maya-Bewusstsein

Im Jahre 2004 trafen sich etwa 20 Maya-AnwältInnen, um bessere Wege zu finden, um die indigenen Gemeinden rechtlich zu verteidigen. Sie waren sich bewusst, dass dabei die indigenen Erfahrungen in das staatliche Justizsystem eingebracht werden muss. Mitgerissen vom Enthusiasmus von Amilcar Pop—dem ersten Maya-Politiker im Kongress - legten die AnwältInnen die Basis für eine Organisation, die für Maya-Gemeinden da sein würde und gründeten Nim Ajpu. Die Organisation breitete sich aus - sowohl in der Mitgliederzahl als auch in ihrer Strategie. Sie hat heute über 100 Mitglieder, die von einem Rat und einem Vorstand unterstützt werden. Mitglieder sind JuristInnen von AnwältInnen bis RichterInnen, StaatsanwältInnen und NotarInnen; die meisten haben nur sporadisch Fälle der Vereinigung unterstützt. Der Motor von Nim Ajpu sind die fünf Vollzeit-AnwältInnen, die die strategischen Rechtsverfahren führen - Juan Ca-

stro, Cristian Otzin, Edgar de Leon, Mellina Salvador und Claudia Chopen. Sie stützen sich auf ein kleines Verwaltungsteam von acht Personen im Hauptstadtbüro. Es gibt weitere AnwältInnen aus verschiedenen Völkern überall im Land, die ehrenamtlich ihren Beitrag leisten, etwa Rosa Ixcol (Quiché) und Ixquik Poz (Licúe).

Neben den juristischen Tätigkeiten arbeitet Nim Ajpu auch im Bereich politische Vorfälle, Forschung und Training. So befassen sich die AnwältInnen mit Gesetzentwürfen im Kongress und diskutierten die Medienpolitik. Sie spielen eine wichtige Rolle dabei, neue Ideen zu entwickeln, z.B. indem es den Versuchen der Regierungen entgegen trat, die Vorabberatung zu regulieren (2012) oder Gesetze zur Privatisierung von Kornsamens zu verabschieden (2015). Sie bildeten auch RichterInnen in Fragen von rechtlichem Pluralismus aus und machen sie mit indigenen Konzepten von Recht und Gerechtigkeit vertraut. Sie unterrichten Studierende, auch an der Maya-Universität. Und jedes Jahr im Dezember veranstaltet Nim Ajpu einen zwei Tage umfassenden Kongress, auf dem über 70 indigene AnwältInnen die aktuellen Herausforderungen diskutieren.

Symbolische Fälle

Die meisten Rechtsfälle behandeln die Fragen der Selbstbestimmung, seien es Fälle, in denen vom Staat geraubtes Land zurück erlangt oder eine Rechtsprechung nach indigenen Justizkonzepten etabliert werden soll. Dutzende Fälle haben bereits wichtige Präzedenzfälle für indigene Völker in Guatemala geschaffen. So hat der Oberste Gerichtshof 2004 die Autonomie der indigenen Justiz autorisiert. Maya-AnwältInnen verteidigten Juan Zapeta, ein Maya-Führer, der angeklagt wurde, in Santa Cruz de Quiché unautorisiert Recht zu sprechen. Es war einer der ersten Fälle, in der ein Gericht in Guatemala das Recht von Maya-Gemeinden anerkannte, nach ihren eigenen Justizkonzepten zu urteilen.

2010 haben es die Maya-AnwältInnen geschafft, vom Staat illegal enteignetes Gemeindeland zurück zu holen. Das Land war 1973 (also während des bewaffneten Konfliktes) der Telefongesellschaft versprochen worden, ohne die Existenz der indigenen Gemeinde zu berücksichtigen. Der Wiedererwerb des Landes in Chichicastenango schuf einen wichtigen Präzedenzfall für die Anerkennung indigener Formen der Machtausübung und von Zulassungsverfahren. Ebenfalls 2010 schufen die Maya-AnwältInnen einen Präzedenzfall für die Rechte auf eine vorherige Befragung der Betroffenen. Als der Bürgermeister von San Juan de Sacatepéquez die Befragung über den Bau einer Zementfabrik aufkündigte, begann ein scharfer Protest und die Militarisierung der Region folgte auf dem Fuss. Die Maya-AnwältInnen nahmen den Fall aus und sorgten dafür, dass Gerichte erstmals das Recht der indigene Bevölkerung, über derartige Projekte zuvor informiert zu werden und darüber abgestimmt zu haben, zuließen und zugleich den Artikel 169 der ILO-Konvention als Teil des Verfassungswesens zu erklären.

Kürzlich verteidigten die AnwältInnen StammesführerInnen, die wegen ihrer Aktivitäten zur Verteidigung der Flüsse gegen die Bergbauindustrien kriminalisiert werden sollten. Privatunternehmen, insbesondere von Wasserkraftprojekten, bestachen RichterInnen und beschuldigten die GemeindeführerInnen irgendwelcher erfundener Verbrechen, um diese ohne Prozess in Haft halten zu können. Diese „juristische Kriegsführung“ sorgte dafür, dass Maya-Autoritäten über Monate oder gar Jahre hinweg in Untersuchungshaft verbringen mussten. 2015 konnte ein Team von Nim Ajpu jene StammesführerInnen befreien, die Verbrechen in Santa Cruz Barrillas nahe der Grenze zu Chiapas beschuldigt wurden, die sie nicht begangen hatten. Im Juli 2016 konnten sie sieben politische Gefangene, die konstruierter Verbrechen angeklagt waren, befreien, darunter Rigoberto Juárez und Domingo Baltazar. Diesen Monat übernahmen die AnwältInnen den Fall von Oscar Sanchez, die höchste Autorität der Mam, die ohne Beweise zu Vorbeugehaft in Quetzaltenango verurteilt worden war. Daneben gab es in diesem Jahr zwei weitere Präzedenzfälle: der eine zum Recht indigener Gemeinden auf eine zweisprachige Bildung, d.h. auch in der eigenen Sprache. Und der andere betraf einen harten Kampf in Bezug auf eine Vergewaltigung, die von einem indigenen Gericht behandelt und beurteilt worden war. FeministInnen hatten sich mit rechts-gerichteten Kreisen vereint, um die Zuständigkeit der Maya-Autoritäten zu bestreiten. Als letzte Instanz hat nun das Verfassungsgericht (...) die Autorität indigener Justiz anerkannt. Schliesslich hat sich Nim Ajpu auch in die Diskussion über eine Änderung der aus Bürgerkriegszeiten stammenden Verfassung eingemischt und die Konzepte der Selbstbestimmung eingebracht, sowie die explizite Benennung von Guatemala als einem Vielvölkerstaat.

Maya-AnwältInnen wurden je nach Kontext oder Perspektive anerkannt oder gefasst. Privatunternehmen und sogar der Präsident verunglimpften Anwälte wie Amilcar Pop als Terroristen, die die Maya-Gemeinden bewaffnen wollten, insbesondere zur Verteidigung des Rechts auf Befragungen bei Grossprojekten der Bergbauindustrien. Insgesamt jedoch haben die Maya-AnwältInnen im Land ein gewisses Standing erlangt. Die Gemeinden erkennen sie als die ihren an. Nim Ajpu ist die Instanz, die sich für kollektive Rechte einsetzt; Regierung und Gesellschaft erkennen die Expertise bei Gesetzesberatungen an.

Antikolonialer Rechtsstreit

Eine der grössten Stärken von Nim Ajpu liegt in ihrer Arbeitsweise. Zunächst gibt es keine Beiträge, d.h. alle rechtlichen Hilfen sind kostenlos. Das gilt auch für Gemeinden. Diese geben den AnwältInnen höchstens Nahrung, wenn sie bei ihnen sind. AnwältInnen erhalten also weder eine Bezahlung pro Fall noch pro Stunden, sondern allenfalls einige Anerkennungszahlungen, die aus den Spenden internationaler Organisationen stammen, etwa von der Vereinigung der norwegischen AnwältInnen.

Zweitens sind es die Maya-Autoritäten, die die Fälle vorbringen und die die AnwältInnen dann rechtlich betreuen. Dies bedeutet den Aufbau einer langfristigen Beziehung zwischen beiden Akteuren, die weit über die Rechtsstreite hinausgehen. Die AnwältInnen begleiten die StammesführerInnen in ihrer Verwaltungs- und Justizpraxis. Nim Ajpu hat enge Beziehungen aufgebaut zu den grossen Maya-Netzwerken wie dem Grossen Rat der indigenen FührerInnen (Iximulew) und unterstützen sie bei deren politischen Entwicklung. Weitere sind seit langem anerkannte indigene Kreise, die bereits in den offiziellen Registern der kolonialen Zeit auftauchten. Zum Beispiel hat Chichicastenango (bestehend aus 83 indigenen Gemeinden mit je eigener politischer Verwaltung) bereits 1635 seine Autonomie gegenüber der Spanischen Krone verteidigt. Der Kreis Sololá (71 Gemeinden) hatte laut kolonialer Quellen seit 1557 indigene BürgermeisterInnen. Die anhaltende Autorität der sog. 48 Kantone wird heute selbst in Präsidentenreden anerkannt. Andere Organisationen sind weniger bekannt und diese Unsichtbarkeit machen sie besonders anfällig bei den Versuchen staatlicher Stellen, sich ihr Land anzueignen. In diesen Fällen spielen die AnwältInnen von Nim Ajpu eine wichtige Rolle, um deren indigene Verwaltung aufrecht zuhalten - zunächst im Hinblick auf ihre Einbindung in Maya-Netzwerke und zum anderen durch die Vermittlung kollektiver Landrechte. Das bedeutet, dass diese Maya-Gemeinden nicht zivile Vereinigungen gibt, die der Autorisierung des Staates bedürften, sondern sie werden dazu bevollmächtigt durch die traditionellen Maya-Verfahren.

Drittens versuchen die Maya-AnwältInnen aus der Logik der westlichen Staaten auszubrechen, sich aus der Logik des staatlichen Rechts zu entkolonialisieren und ihr Augenmerk auf die Kämpfe der Maya zu richten, mehr zuhörend als anweisend. Ihre Form des Rechtsstreits ist ein strategischer Kampf gegen ein Rechtssystem, das sich selbst als souveräne Instanz über anderen ansieht. Sie verteidigen nicht Klienten, sondern ihre Brüder und Schwestern. Viele indigene AnwältInnen überall auf der Welt versuchen sich und das Recht zu entkolonialisieren. Die Einzigartigkeit von Nim Ajpu ist, dass sie diese Arbeit institutionalisiert hat. AkademikerInnen stossen zu deren politischem, historischem und kulturellem Engagement. Der Anwältin Mellina Salvador sagt, dass HistorikerInnen, LinguistInnen und AnthropologInnen ihr Wissen durch ExpertInnenberichte kanalisieren, sich als Teil der Vereinigung sehen. Die Rechtskämpfe der Maya gehen über Rechtsfragen weit hinaus, sie schaffen wissenschaftliche Einblicke in historische Kontexte. Die Essenz von Nim Ajpu lässt sich am besten in den Worten von Anwalt Juan Castro zusammenfassen: „Unsere Maya-Identität ist eine politische. Wir verteidigen unsere Territorien, sprechen die indigenen Sprachen und verstehen die Maya-Kosmvision.“ Maya-AnwältInnen haben eine politische Identität, die die konventionellen Rechtsauffassungen herausfordern und die staatliche Macht neu definieren.

Wissenschaft, Kultur und Kunst zur Abschwächung der Klimawandelfolgen

Quetzaltenango 17. Okt. Auf der Bühne des Stadttheaters von Quetzaltenango fand die Veranstaltung „Wissenschaft, Kultur und Kunst tragen dazu bei, die Wirkung des Klimawandel abzuschwächen“ statt. Sie wurde im Rahmen des Welternährungstages entwickelt. Gezeigt wurde zunächst ein Video, das die Wirkung des Klimawandels und mögliche Massnahmen zur Anpassung an die einhergehenden Phänomene vorführt. Dazu gesellte sich das Ballett der der Tanzschule des Kulturhauses des Westens und führte „Die Nacht der Käfer“ auf. Das mit einem Literaturpreis ausgezeichnete Werk von Dr. Juan José Guerrero ist der Don-Quijote-ähnliche Versuch, mit landwirtschaftlichen, agroforstwirtschaftlichen und nachfrageorientierten Mitteln gegen die allzu realen Windmühlen des Klimawandels anzukämpfen und die Biodiversität zu schützen. Die Sprache des Textes sei einfach, angenehm und verständlich.

„Dass das Klima sich wandelt, ist für jede/n ersichtlich. Wir müssen Massnahmen treffen, um den negativen Wirkungen entgegenzutreten; die Ernährungssicherheit der städtischen und ländlichen Bevölkerung sei gefährdet, wenn wir jetzt nicht handeln“, sagte Diego Recalde, Repräsentant der Welternährungsbehörde (FAO) in Guatemala. Notwendig sei die Ernährungsfrage und Landwirtschaft in ihre Klimaschutzkonzepte einzubinden und ländliche Entwicklung zu fördern.

Die Mitwirkenden nahmen ohne Honorar an der Veranstaltung teil, sie spendeten jedoch freiwillig Getreidesamen, damit die Pflanzensamenbank mit Sitz in Xela, diese an die Bevölkerungsteile in der näheren Umgebung weitergebe, die von Ernährungsunsicherheit betroffen sei. Die Veranstaltung wurde von der erwähnten Tanzschule, der Stadt Quetzaltenango und der FAO Guatemala koordiniert. (Cerigua)

Über die guatemalteckische Bevölkerung mit afrikanischen Vorfahren

Guatemala, 15. Okt. Der erste Kongress der Internationalen Dekade der Bevölkerung mit afrikanischen Vorfahren fand in Guatemala Stadt statt. Er wurde von der Kommission gegen Diskriminierung und Rassismus des Präsidialamtes (CO-DISRA), der Menschenrechtskommission des Präsidialamtes und der Vereinigung der Bevölkerung mit afrikanischen Vorfahren in Guatemala (AFROSA) organisiert. Thematisiert wurden u.a. die Anerkennung der UreinwohnerInnen oder Gerechtigkeit und Entwicklung.

Am ersten Tag nahmen leitende VertreterInnen der CODISRA, weitere Mitglieder der Regierung und RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft teil. Elmer Mauricio Enríquez, der das Präsidentsamt vertrat, erklärte, dass es das Ziel des Kongresses sei, den Respekt gegenüber und den Schutz der grundlegenden Freiheit der Bevölkerung mit afrikanischen Vorfahren in Guatemala zu fördern. „Wir möchten uns hier vor Augen führen, warum wir diese Bevölkerungsgruppe über viele Jahre hinweg vernachlässigt haben. Präsident Jimmy Morales versucht, dieser ein wenig Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, indem er wichtige Ämter an Personen aus der Volksgruppe der Garifuna vergeben hat, etwa an den Umweltminister Sydney Samuels“, sagte Enríquez. Rudy Camposeco, Koordinator von CODISRA erkannte seinerseits die Tatsache an, dass die Bevölkerung mit afrikanischen Vorfahren in Guatemala über die Jahrzehnte und Jahrhunderte ausgegrenzt worden sei, sprach jedoch ebenfalls von Veränderungen, die durch die Förderung der Menschenrechte und der Entwicklung jener Bevölkerungsgruppe entstanden seien. Insgesamt gibt es mindestens 60.000 Angehörige dieser Volksgruppe, die vornehmlich an der Karibikküste lebten.

Henry Stock, Präsident der AFROSA, ein Verband, der vor sieben Jahren gegründet wurde, sagte, dass es bis 2024 jedes Jahr einen solchen Kongress geben solle, um die Fortschritte in Bezug auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu erkennen. Die Internationale Dekade für die Bevölkerung mit afrikanischen Vorfahren wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Zeit von 2015 bis 2024 ausgerufen, um die Anerkennung und eine gerechte Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppe zu fördern, die laut UN-Statistiken allein in Lateinamerika etwa 200 Millionen Personen umfasst. (Cerigua)

JournalistInnenverband verurteilt den Mord an jungen Radiomoderator

Guatemala, 17. Okt. Die Vereinigung der JournalistInnen in Guatemala (APG) verurteilte in einer Presseerklärung den feigen Mord an dem 17-jährigen Moderator des Radiosenders „Fuente de Vida“ (Lebensquelle) in Cobán, Departement Alta Verapaz, Josué David Chamam. Dieser geschah in der vorherigen Woche. Die Leiche des Moderators wurde an einem unbebauten Ort des Dorfes Las Cruces nahe Cobán gefunden. Er war seit Freitag, den 14. Oktober verschwunden.

Die APG zeigte sich zutiefst besorgt über die hohe Zahl an ModeratorInnen, die in diesem Jahr auf gewaltsame Weise ihr Leben verloren haben. Insgesamt seien es acht Personen: sechs RadiomoderatorInnen, ein Sprechersprecher und die Sprecherin des Krankenhauses San Juan de Dios (*Wir berichteten, d.Red.*). All dies zeige die Unsicherheit, in der sich die JournalistInnen befänden. Gerade in Alta Verapaz würden diese Personen besonders stark terrorisiert, ohne dass die Institutionen etwas dagegen unternähmen. Diese Institutionen seien daher aufgefordert, jene Ermittlungen rasch, effektiv und effizient durchzuführen, wie es die Gesetze verlangten, damit dieses Verbrechen nicht wie die vorherigen straf-frei ausgingen. Den Angehörigen von Chamam sprachen sie ihr Mitgefühl wegen des unwiederbringlichen Verlustes aus.

Kneblung der Pressefreiheit in Xela

Die APG und ihre Kommission zur Pressefreiheit kritisiert zudem die Versuche, die Pressefreiheit zu beschneiden, wenn kritische und missliebige Informationen veröffentlicht werden würden. So haben Unbekannte in Quetzaltenango in den Hauptverteilungsstellen die Gesamtauflage der Zeitung *eQuetzalteco* in ihren Besitz gebracht. Die Behörden müssten sofort eine Ermittlung einleiten, da es Informationen gebe, dass diese Auflage in zwei Fahrzeugen untergebracht wurden, die von Personen gefahren wurden, die das Verfassungsrecht auf Informationsfreiheit einschränken wollen.

Fred Rivera, der Herausgeber der Zeitung berichtete, dass an jenem Tag die Ausgabe eine Nachricht über die Intervention der Gouverneurin des Departements, Claudia Ávila, enthielt. Diese hatte das Ziel zu verhindern, dass ihr Vater Roderico Ávila aus dem Zweiten Grundbuch entfernt werden würde. Zudem wurde in der Ausgabe eine Hausdurchsuchung in Quetzaltenango gemeldet. Die APG verurteilt diese Geschehnisse; das bereits das dritte war, das gegen diese Zeitung gerichtet war. Die vorherigen Angriffe betrafen Cyberattacken auf die Webseite der Zeitung. (Cerigua)

Entwicklungsbericht Guatemala 2015/16 der UNDP

Guatemala, 07. Okt. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) präsentierte kürzlich den 11. Nationalen Bericht über die menschliche Entwicklung in Guatemala 2015/2016 (auf spanisch einsehbar unter http://desarrollohumano.org.gt/wp-content/uploads/2016/04/INDH_Completo_digital-1.pdf). Der Bericht hebt hervor, dass in den letzten Jahren in Guatemala die kollektiven Protestaktionen in Zusammenhang mit einigen Konfliktpunkten gestiegen sind. Die Konflikte gründen vor allem auf fehlendem Zugang zu Grunddienstleistungen, Unzufriedenheit mit Regierungsinstitutionen, Landansprüchen und Zurückweisung von Projekten, die die Umwelt negativ beeinflussen.

Igor Garafulic, Direktor des UNDP Guatemala, erklärte, dass der erste Bericht von 1998 die damalige Friedensagenda beförderte. „Ich muss zugeben, dass dieser 11. Bericht eine besondere Bedeutung für uns hat, da es selten ist, dass eine

Gesellschaft solche Veränderungen vornimmt, wie sie die guatemaltekeische letztes Jahres in Angriff nahm“, sagte Garafulic. Der Bericht fokussiert auf eine Langzeitanalyse des gesellschaftlichen Wohlstands in der Periode 1985 bis 2015. Es geht daher nicht um die Amtszeit von Präsident Jimmy Morales. In diesen 30 Jahren, mit der Rückkehr der Demokratie bis 2015, haben die sozialen Demonstrationen und Proteste sowie die Konfliktsituationen zugenommen. Guatemala wurde sogar als konfliktgeladene Gesellschaft und bis hin zu einem unregierbaren Land eingestuft.

Aufgrund dieser Besorgnis setzte sich die Studie zum Ziel, folgende Frage zu beantworten: „Was motivierte diese Äusserungen von Ablehnung? Man analysierte die Konflikte vom Blickpunkt des Entwicklungsmodells, welches in Guatemala eingeführt wurde. Die UNDP, so Garafulic, geht davon aus, dass die Ursachen dieser Konflikte nur dann verstanden werden können, wenn die staatliche Politik zwischen 1985 und 2015 dahingehend analysiert wird, warum sie insgesamt zu relativ wenigen Entwicklungsfortschritten geführt hat.

Laut Bericht beruhen die Demonstrationen und die Unzufriedenheit auf der Ungleichheit, da ein Grossteil der Bevölkerung nicht im Wohlstand lebt und die Lücke der menschlichen Entwicklung immer grösser wird. Das hat viel damit zu tun, dass kaum Möglichkeiten existieren, um Wohlstand zu erreichen. Es ist wahr, dass in Guatemala in den letzten Jahrzehnten Verbesserungen eingetreten sind. Zum Beispiel hat sich die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren von 100 in 1987 auf 35 pro 1000 Kinder in 2015 reduziert. Auch die Alphabetisierungsraten der 15- bis 24-jährigen stiegen von 75 % auf 93 % in diesem Zeitraum. Die Gleichheit der Geschlechter in Primär- und Sekundärbildung ist fast erreicht. Die Armut wurde um 10 % verringert.

Diese Zahlen zeigen jedoch eine paradoxe Situation auf. Einerseits ist Guatemala das Land mit der grössten wirtschaftlichen Stabilität in Lateinamerika, mit einem konstanten positiven Wirtschaftswachstum. Andererseits ist es das Land in Lateinamerika, indem der grösste Anteil der Bevölkerung in Armut lebt, bei der indigenen Bevölkerung sind es 80 %. Von 2004 bis 2014 hat sich der Anteil der Bevölkerung an der Mittelschicht von 26 % auf 21 % reduziert. Gleichzeitig sagen 90 % der Bevölkerung, dass der Staat sich um den freien, alle umfassenden und kostenlosen Zugang zu Gesundheit und Bildung zu kümmern habe. Dazu gehören auch das öffentliche Verkehrssystem und die Stromversorgung. 59,9 % der Bevölkerung glauben, dass der Staat nicht genug in die arme Bevölkerung des Lands investiert.

Agrartheme sorgt für die meisten Konflikte

Aus dem Bericht geht hervor, dass im Jahr 2015 441 Konflikte registriert wurden, davon sind 135 auf Agrartheemen zurückzuführen. Die meisten Probleme werden dabei in den Departements Alta Verapaz und Quiché angetroffen (51 und 28). Dabei geht es vor allem um Wasserstreitigkeiten, unzureichende Arbeitsbedingungen und unbefriedigte Bedürfnisse nach Land der BäuerInnen. Die Zahlen belegen, dass 92 % der landwirtschaftlichen ProduzentInnen, klassifiziert als Infrasubsistenz- oder Subsistenzwirtschaft, 21,9 % der Fläche des landwirtschaftlichen Gebietes bewirtschaften - während die 2 % kommerzielle ProduzentInnen 65,4 % der Fläche in Anspruch nehmen. Hunger und Unterernährung gehen laut Studie Hand in Hand mit der Nutzung, Planung und Verteilung der Grundstücke und es fehlt ausserdem an öffentlichen Politiken, die die Nahrungsmittelsicherheit der Bevölkerung garantieren können. „Der Hunger ist die greifbare Materialisierung der Ungleichheit auf dem guatemaltekeischen Territorium“, heisst es im Bericht.

Eine der Hauptideen des Berichts ist, dass „Guatemala ein mega-diverses Land mit einem grossen Reichtum an natürlichen Ressourcen ist, aber die Verteilung der Landnutzung nicht dem Kriterium der Nachhaltigkeit und der Ernährungssicherheit folgt“, was die Mehrheit der Bevölkerung betrifft. Neben den Landrechtskonflikten existieren ebenso die Konflikte, die mit der Nutzung der Naturressourcen und den Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft in Zusammenhang stehen, also Energie- und Bergabbauprojekte, zu denen es im allgemeinen wenig öffentliche Information für die betroffenen Gemeinden gibt. Im Jahr 2015 wurden 402 Lizenzen zur Erkundung und Abbau von Bergrohstoffen vergeben, die meisten davon in den Departements Guatemala, El Progreso, Huehuetenango, Alta Verapaz und Baja Verapaz. Das ergibt eine Fläche von 2.968 km², die den Firmen zur Nutzung zur Verfügung gestellt wurde. Dazu kommt, dass die fehlende Legitimität der Gemeindeabstimmungen einen weiteren Unruheherd schafft. Da die Unternehmen die Gemeinden selten über ihre Projekte informieren, wird dort ein Klima von Unsicherheit erzeugt und der Regierung bleiben wenig Möglichkeiten zur Planung und Kontrolle. Zwischen 2004 und 2015 wurden 93 Abstimmungen in verschiedenen Gemeinden abgehalten. Obwohl sich diese alle gegen die entsprechenden Projekte aussprachen, hatte keine von ihnen eine bindende Wirkung für Politik und Unternehmen. (Cerigua, EP, DCA, PL, SV)

TSE veröffentlicht Wahlreformen

Guatemala, 11.Okt. Das Regierungsabkommen 273-2016 wurde am 10. Oktober in der Amtszeitung Diario de Centro América veröffentlicht. Damit traten die Reformen des Wahlgesetzes und der Politischen Parteien in Kraft. Nun muss in Übereinstimmung mit Artikel 113 der Verfassung eine wählbare Person einige Kriterien erfüllen, z.B. ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen und das Verbot öffentliche Aufträge anzunehmen, bzw. in den letzten vier Jahren einen öffentlich Auftrag angenommen oder öffentliche Gelder erhalten zu haben. Weiterhin kann laut neuer Regelung niemand als Kandidat eingeschrieben werden, der „illegale Propaganda für einzelne Personen“ realisiert. Das erweitert den Arti-

kel 62, der verbietet Bilder von Personen ausserhalb der Wahlperiode in Werbung zu veröffentlichen oder Nachrichten vorzutauschen oder sich als gemeinnützige Stiftung oder Organisation auszugeben. Ein weiterer Artikel verbietet Propaganda zu veröffentlichen, in denen AnwärterInnen auf öffentliche Ämter religiöse Glauben vorgeben, damit BürgerInnen eintreten, oder karitative Aktivitäten mit parteipolitischen Zielen zu veranstalten. Beamten ist es verboten, Aktivitäten ihrer Instanz, z.B. über deren Medienkanäle, dafür zu nutzen, für ihre Person oder ihre Partei zu werben.

Ana Elly López, Richterin des Obersten Wahlgerichtshofs (TSE) sagte, dass nach dem Inkrafttreten der neuen Gesetzesbestimmungen nun die Umsetzung beginnen müsse. Der TSE wird damit beginnen, Personal einzustellen, die die Leitung der neuen Einheiten für Steuern und Kommunikationsmedien übernehmen werden. Der TSE veröffentlichte zudem die Regelung über die Wahl im Ausland. Damit besteht nun die Möglichkeit, dass die im Ausland lebenden GuatemalteKinnen in Person oder elektronisch ihre Wahl übermitteln. Um sich zu registrieren, müssen die BürgerInnen einen Personalausweis besitzen und sich in den guatemaltekischen Konsulaten präsentieren oder auf der Webseite des TSE anmelden. (EP)

Biopsie. Die monatliche Kolumne von Diana Vásquez Reyna

Raub, Vertreibung und Zerstörung

Am 6. Oktober wurde in Guatemala-Stadt die Studie „Unersättliche Wasserkraftwerke in Guatemala: Eine Recherche über die Auswirkungen von Hidro Santa Cruz und Renace auf die Menschenrechte der Indigenen Völker“ präsentiert. In dem Bericht (siehe http://omal.info/IMG/pdf/informe_hidroelectricas_guatemala.pdf) wird daran erinnert, dass „die politische Verfassung von Guatemala (1993) festlegt, dass das Wasser ein Allgemeingut sei, unveräusserlich und unantastbar, und dass ein spezifisches Gesetz die Nutzung regelt. Allerdings wurde dieses nie verabschiedet, sondern die Gesetzgebung der Wasserressourcen über verschiedene legale Regelungen verteilt. Laut einem Bericht von CEPAL (Rojas Ortuste, 2014) besitzt der Staat keinen gesetzlichen Rahmen, um das Wasser als natürliche, soziale und wirtschaftliche Ressource zu verwalten, was dessen gerechte Verteilung im Sinne von Besitz, Nutzung und Erhaltung einschränkt.

Die Wasserkraftwerke in Guatemala existieren seit mehr als 20 Jahren in indigenen und verletzlichen Territorien. Sie haben die Gemeindeabstimmungen nicht respektiert, was zu sozialen Konflikten führte und Gemeinden spaltete. Sie haben die Meinungen der Leute gekauft, die Region verschmutzt und es existiert keine Transparenz bezüglich der Zahlungen und /oder Investitionen der Lizenzgebühren für die Nutzung des Wassers.

Die Grossprojekte Hidro Santa Cruz im Departement Huehuetenango, und Renace im Departement Alta Verapaz im Norden von Guatemala haben eine ausgefeilte Kommunikationsstrategie genutzt, um die Aufmerksamkeit von den Problemen, die sie in den Gemeinden verursachen, und von der übermässigen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen abzulenken. Sie versuchen ihr Image zu säubern, und zwar mit Programmen der Corporate Social Responsibility, die jedoch keine jährlichen Abschlussberichte über ihre Aktivitäten beinhalten. Und in der virtuellen Welt gründen sie ihre eigenen Informationsmedien mit den dazugehörigen sozialen Netzwerken wie z.B. Guatenergia.com, mit denen sie ihren Diskurs vereinheitlichen und zugleich jene diskreditieren, die mit ihrem Entwicklungskonzept nicht übereinstimmen,

Auf der anderen Seite lassen die traditionellen Kommunikationsmedien aufgrund ihrer Verbindungen mit dem Energiesektor einige Informationen aus, wie der Mangel an Wasser und Strom in Gemeinden, die nahe an Wasserkraftwerken liegen. Oder die Einschüchterungen gegen jene, die ihre Territorien verteidigen. Oder die Bestechung der Stadträte und die Vetternwirtschaft in anderen Institutionen, die eigentlich für den Schutz der betroffenen Personen verantwortlich sind.

Zum Beispiel ist der Zugang zu Information über die hydroelektrischen Projekte Renace ein Recht, welches systematisch in San Pedro de Carchá, Departement Alta Verapaz, verletzt wird. Vor allem ist der Stadtkreis aufgrund der fehlenden Pressefreiheit hermetisch von Informationen ausgeschlossen. Die Kontrolle der Information durch die konventionellen Medien führt zu einer niedrigen Veröffentlichungsrate von 'sensiblen' Nachrichten, die in dem Departement auftauchen und die Interessen der Wirtschaftseliten schädigen.

Am 17. Oktober kam eine friedliche Demonstration unter dem Motto „Retten wir den Fluss Cahabón“ in der Hauptstadt an. Gemeinden der Q'eqchi' forderten die 'Befreiung' des Flusses Cahabón, denn sie können bestätigen, dass die Staudämme von Renace den Fluss durch Schleusen und Kanäle über 50 km ableiten. Das führte dazu, dass die Gemeinden sich nicht mit Wasser versorgen können. Die genutzten Schleusen wurden durch das Unternehmen Cobra erbaut. Dieses gehört Florentino Pérez, Präsident des spanischen Fussballclubs Real Madrid, der Aktionär dieser Firmen ist, die mit nationalen, transnationalen und internationalen Kapital operieren.

Die DemonstrantInnen kritisierten ebenso UnternehmerInnen und Institutionen, die „korrupt sind und den Fluss zerstören“. Die Demonstration führte bis zum Verfassungsgericht und forderte, dass eine definitive Entscheidung über die Realisierung von Gemeindeabstimmungen über Grossprojekte getroffen werden müsse.

Guatemaltekkische Aktivistinnen in Zürich

Am Montag, 7. November 2016, 19:00 Uhr werden die indigenen Menschenrechtsverteidigerinnen Angélica Choc und Débora Yancoba im Haus am Lindentor in Zürich über die aktuelle Lage in Guatemala berichten.

Angélica Choc ist Angehörige einer Maya-Kekchí-Gemeinde in El Estor, in deren Umgebung Nickel abgebaut wird. Ihr Mann wurde 2009 bei einer Auseinandersetzung zwischen einer benachbarten Gemeinde und dem Bergbauunternehmen ermordet. Sie ist Klägerin in Prozessen gegen den mutmasslichen Mörder und die verantwortlichen Firmen.

Débora Yancoba bietet psychosoziale Begleitung für Frauen, die Gewalt erlitten haben. Sie hat Überlebende sexueller Gewalt im Zusammenhang mit dem Nickelabbauprojekt in El Estor unterstützt und in einem Gerichtsverfahren Frauen aus Sepur Zarco begleitet, die während des Bürgerkriegs zu sexueller Sklaverei gezwungenen wurden.

Die Übersetzung Spanisch-Deutsch ist gewährleistet. Kleiner Apéro auch. Der Eintritt ist frei, die Kollekte ist zu Gunsten des Fonds des Guatemala-Netz Zürich zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern in Guatemala.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnemement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnemement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6